



## Globale Neuordnung 2020 China greift nach der Weltmacht

**JULIAN NIDA-RÜMELIN:** *Ist die Demokratie in Gefahr?*

**MARGARITA MATHIOPOULOS:** *Die neuen Sphären der Weltordnung*

**MARKUS LÜPERTZ:** *Ich bin ein Genie*

# Die neuen Sphären der Weltordnung

WARUM NUR EIN MACHTGLEICHGEWICHT ZWISCHEN PEKING, MOSKAU UND WASHINGTON FRIEDEN UND STABILITÄT SICHERN KANN

Von Margarita Mathiopoulos



© shutterstock / EQRoy

Die wachsenden handelspolitischen und militärischen Spannungen im Südchinesischen Meer zwischen den USA und China quälen und lähmen seit Monaten die Weltgemeinschaft, und die Covid-19-Epidemie hat die Konflikte noch verschärft. Die Fragen bleiben die gleichen: In welches geopolitische Fahrwasser treibt die Welt des

21. Jahrhunderts, nachdem sich die Vereinigten Staaten sukzessive als globale Führungsmacht zurückziehen? Kann der neue scharfe Wettbewerb der Großmächte friedlich verlaufen? Was ist das Schicksal des Westens? Und kann und will Europa überhaupt eine globale Rolle spielen?

## WESTLICHE SELBSTZUFRIEDENHEIT UND HYBRIS HABEN DER INTERNATIONALEN LIBERALEN WELTORDNUNG GESCHADET

Noch bis vorgestern hatten sich die wohlhabenden Demokratien die globale Ordnung nach dem Kalten Krieg nach ihren Vorstellungen ausgemalt und für gültig erklärt. Man ging von drei Pfeilern aus, die die neue Ordnung flankieren sollten: als wohlwollender Hegemon würden die USA den internationalen Frieden garantieren und für die Ausbreitung liberaler Werte sorgen; die EU würde ihr Integrations-Modell erweitern und vertiefen; und das darniederliegende Russland würde gemeinsam mit China und allen anderen aufstrebenden Mächten des Ostens und Südens erkennen, dass es in ihrem nationalen Interesse wäre, stakeholder eines westlich-bestimmten Systems zu werden.

Untermauert wurden diese Grundannahmen von der eher a-historischen These des amerikanischen Stanford-Historikers Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“: nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Kollaps des Sowjet-Kommunismus stimulierte diese These die westlichen Eliten und ließ sie glauben, eine liberale Post-Kalte-Kriegs-Ordnung würde nach und nach von allen zivilisierten Ländern begrüßt. Das war mehr als naiv, schreibt der Harvard-Politikwissenschaftler Graham Allison in seinem jüngsten Foreign Affairs Beitrag „The New Spheres of Influence“. Allison beklagt, dass seit 1991 mit dem Ende der Sowjetunion und dem Verbleib der USA als einziger ökonomisch, militärisch und geopolitisch dominanten Weltmacht bei den meisten amerikanischen Politikern die Akzeptanz Einfluss-Sphären anderer Länder anzuerkennen und zu respektieren, schwand. „Die ganze Welt wurde de facto eine amerikanische Sphäre“, man erwartete in Washington, dass die Welt sich mehr oder weniger an die amerikanischen Spielregeln hielt, sonst würde man einen Preis zahlen, von lähmenden Sanktionen bis hin zu regime change.

Diese Unipolarität ist nun vorbei, die Pax Americana ist in den Flammen von Afghanistan und Irak untergegangen, und damit einhergehend auch die Illusion, dass andere Nationen den ihnen zugewiesenen Platz in einer von den USA geführten internationalen Ordnung einnehmen. Es ist an der Zeit, so Allison, dass die Vereinigten Staaten von Amerika die Realität akzeptieren, dass es in der Welt von heute andere Einfluss-Sphären gibt – und dass diese nicht alle amerikanische Sphären sind.

Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass wir Europäer vor 30 Jahren die Zeitenwende (unter dem behüteten Schirm der Amerikaner) für eine strategische Auszeit vergeudeteten – wir Deutschen sowieso, zumal wir davon ausgingen, nur noch von Freunden umzingelt zu sein. „Das Vermächtnis von 1989 war westliche Selbstzufriedenheit“, schrieb Lionel Barber in der „Financial Times“. Haben wir uns vielleicht nicht ausreichend bemüht, unsere eigenen westlichen Ideale und Werte vorzuleben, sondern nur Lippenbekenntnisse abgegeben? Etwa zu Srebrenica, Ruanda, Irak, Syrien/ Palmira, 20.000 ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer auf dem Weg nach Europa von 2014 bis 2020, bestialische Flüchtlings-Gefängnisse in Libyen, zum Teil mit EU-Geldern finanziert.

Unfaire Regeln unserer kapitalistischen Ökonomien und fiktive Geschäfte unserer Banken traten besonders eklatant in der globalen Finanzkrise 2007/2008 an die Oberfläche mit sozialen Konsequenzen und Verwerfungen, die uns Europäern wie Amerikanern einen rabiaten Populismus bescherten, weil auf beiden Seiten des Atlantiks die besonders geschorenen Mittelschichten sich alleingelassen fühlten und als Opfer der Globalisierung sahen. Aber seitdem leidet auch die Glaubwürdigkeit und Fähigkeit unserer Eliten, solche Krisen in einer globalisierten Welt transparent und fair managen zu wollen.

Aus chinesischer Perspektive war die globale Finanzkrise, die China besser und schneller in den Griff bekam als manche Europäer und andere, ein Zeichen der Schwäche des Westens und

eine Gelegenheit, Pekings Macht auszubauen. In Afrika war Peking bereits seit Anfang der Nuller-Jahre sehr aktiv mit großen Bau-, Brücken-, Hafen- und Eisenbahn-Projekten von Nord bis Süd und Ost bis West. Man muss sich dies gerade in Europa vergegenwärtigen, bevor man die Klagen afrikanischer Politiker zitiert, wie viele Millionen Afrikaner sich ohne diese chinesischen Groß-Investments auf den Weg nach Europa gemacht hätten. Aber Chinas Ambition ging weiter: 2012 ist ein Schlüsseljahr. Peking verfolgte sehr genau die auf die Finanzkrise erfolgte Eurokrise und wie Brüssel damit umging. Hier sah Peking die Chance, sich jetzt als „Helfer in der Not“ zu präsentieren, insbesondere für diejenigen Länder, die von der Austeritätspolitik Brüssels besonders getroffen wurden, und schuf mit dem 16 + 1 Format (seit April 2019: 17 + 1) eine Art „Neben-EU“. Elf mitteleuropäische und fünf Balkan-Länder plus China sind Mitglieder in diesem Club, wo es seitdem um chinesische Investments in den jeweiligen Ländern geht. China schaffte es, sich ein Stück weit als „europäische Macht“ zu etablieren, und die EU sah zu.

Der frühere Botschafter in China und Japan, Volker Stanzel, beschrieb präzise in seinem neuen Buch „Die ratlose Außenpolitik“ Pekings Strategie des „teile und herrsche“. Mit der OneBelt&OneRoad-Initiative (B&R), die 2013 folgte, machte sich das Reich der Mitte daran, die alte Seidenstraße wiederzubeleben, und China mit Eurasien zu verbinden mit einem Budget von über 1,3 Billionen Euro. Das war eine robuste Ansage Pekings gegenüber Washington, Moskau, aber auch dem Rest der Welt: Wir haben eine „grand global strategy“, als zweitstärkste ökonomische Macht auf der Welt verfolgen wir eine globale Wirtschafts-Diplomatie, die als eine Win-win-Situation für alle Beteiligten gedacht ist.

Klar, dass bei all diesen Infrastrukturprojekten von Pakistan bis Italien, und von Russland bis Kenia auch vieles schief läuft, was uns im Westen nicht verborgen bleibt. Bei aller berechtigten Kritik über Praxis und Ausführung der B&R-Initiative kommt es mir allerdings auch so vor, wie in

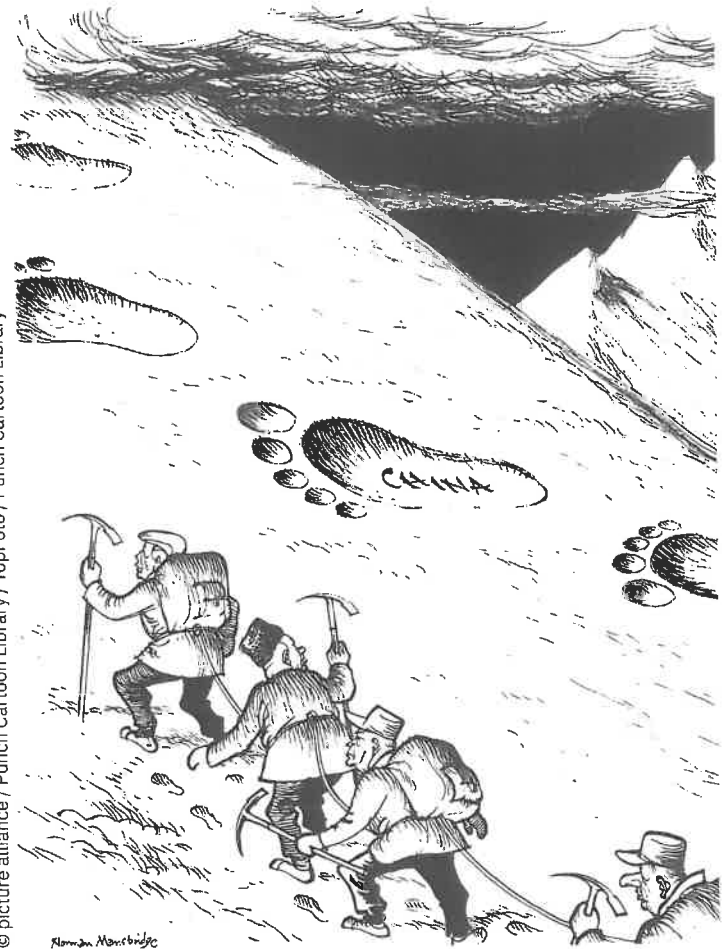
der Parabel mit dem Fuchs und den Trauben, die hoch oben auf dem Baum hängen: weil diese so unerreichbar sind für den Fuchs, erklärt er kurzerhand, dass die Trauben sauer sind, und er sie daher auch nicht essen wolle. Wo bleibt eine ähnliche Initiative der EU? Wir tun uns ja schon schwer damit, solidarisch untereinander in der EU umzugehen – das war der Fall in der Eurokrise 2010ff, das war der Fall in der Flüchtlingskrise 2015ff und das ist der Fall in der Corona-Krise 2020ff – da bleibt dann nicht mehr viel übrig für Andere und Anderes. Aber auch die Erhöhung des US-Investments für den Indo-Pazifischen Raum auf \$ 113 Millionen, die der amerikanische Außenminister Mike Pompeo ankündigte als Antwort auf die B&R-Doktrin der Chinesen, zeigt eine strategische Hilflosigkeit, die jeden Transatlantiker zweifeln lässt.

Im Oktober 2017 machte Xi Jinping auf dem Kongress der Kommunistischen Partei unverhohlen in seinen spektakulären Ausführungen über den „Chinesischen Traum“ klar – das Land bis 2049, dem 100. Jubiläum der Volksrepublik, zu der dominanten Welt-Macht aufsteigen zu lassen. Das klang zwar wie eine Drohung, war aber, wie es die chinesische diplomatische Art ist, in verbaler Zuckerwatte verpackt. Es war natürlich auch eine unmissverständliche Botschaft an Washington: „Wir sind auch da, stört möglichst unsere Sphären nicht.“ Ich war zu diesem Zeitpunkt vor Ort auf Einladung der Peking Universität als Rednerin beim alljährlichen „Beijing Forum“. Obgleich ich seit 2001 regelmäßig in China bin, hatte ich zum ersten Mal den Eindruck, dass auf den Straßen Pekings diese neue Machtfülle zu sehen und regelrecht zu spüren war. Die Stadt platzte vor Euphorie. Chinesische Gesprächspartner schwärmen allerdings nie über ihre politische Führung, jedenfalls bin ich nie jemandem begegnet. Aber ich bin immer wieder darauf aufmerksam gemacht worden, dass wir im Westen lange der Illusion nachgegangen hätten, China könne eines Tages eine Art singapureanisches Modell adaptieren: bei 1,3 Milliarden Menschen sollten wir diese Illusion begraben.

Henry Kissinger, der vor 50 Jahren als US-Außenminister die Öffnung der USA zu China diplomatisch für Präsident Richard Nixon vorbereitete und einer der renommiertesten Kenner der chinesischen Tradition, Mentalität und Politik ist, schrieb in seinem Buch „On China“, wie wichtig es sei zu verstehen, dass Washington und Beijing sehr unterschiedliche Vorgehensweisen hätten, wenn es darum gehe, ihre fundamentalen politischen Werte international zu befördern. Während Washington jahrzehntelang darauf ausgerichtet war, die Sache der Demokratie und Freiheit weltweit zu verbreiten – gelegentlich auch jenen aufzuerlegen, die nicht von selbst sich darauf einlassen wollten – würden die Chinesen im Gegensatz dazu glauben, dass die anderen zu ihnen aufschauen und ihre Tugenden bewundern sollten. Das imperiale China, so Kissinger, „hat nicht seine Ideen exportiert, sondern ließ die anderen zu sich kommen, um diese zu erkunden“.

Die liberale Weltordnung ist unter Druck geraten, weil wir uns selbst nicht an unsere Werte gehalten haben – unser moralischer Kompass ist in der Sarin-kontaminierten Sandwüste Syriens versunken.

Die liberale Weltordnung ist auch unter Druck geraten durch einen neuen aggressiven Populismus, Nationalismus und Extremismus in unseren europäischen Gesellschaften, weil das Vertrauen in unsere politischen Eliten schwindet mit den Problemen der Globalisierung, der Migration, des Klimawandels fertig zu werden. Die EU ist seit Jahren unter Beschlag mit Finanzkrisen, Brexit, transatlantischen Dissonanzen und kämpft darum, eine strategische Autonomie und Souveränität zu erlangen zwischen den Fronten der neuen great power competition. Norbert Röttgen bringt es auf den Punkt, wenn er in der „FAZ“ fordert: „Wir müssen als Europäer die Frage beantworten, wer und was wir sein wollen in einer Welt, in der sich Ordnung immer mehr auflöst, die unberechenbarer wird und in der sich ein amerikanisch-chinesischer Großkonflikt anbahnt. Wir müssen das historisch einmalig erfolgreiche Binnenprojekt Europa zu einem Außenprojekt



SUMMIT SNOWMAN

machen. Wenn wir es nicht machen, laufen wir Gefahr, irrelevant zu werden.“ Jean-Claude Juncker, der vormalige Präsident der EU-Kommission, hatte es ähnlich formuliert, als er eine „Weltpolitikfähigkeit“ Europas anmahnte. Aber diese können wir nur erreichen, wenn wir ein full fledged global player werden. Der Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs war eine einmalige Chance, ein wieder geeintes Europa zu einem global player zu machen – ökonomisch, außen- und sicherheitspolitisch wie strategisch. Wir hatten als Europäer die eigentlich lang ersehnte Möglichkeit, unser Verhältnis zu Russland neu aufzustellen und dabei auch gemeinsam mit unseren amerikanischen Freunden und Partnern neue Wege zu gehen – dabei haben wir versagt. Moskau war 1991 am Boden. Statt Europa zu einem global



© picture alliance / dieKLEINERT.de / ..... Schwarwel

player aufzubauen, haben wir eine Re-Nationalisierung Europas gewähren lassen.

Mit dem Brexit, einer neuen Supermacht China, einer sich verabschiedenden Weltmacht USA aus Europa und einem neu erstarkten und beleidigten Russland, sind die Bewährungsproben der EU in den nächsten Wochen und Monaten gewaltig. Um eine Spaltung der EU zu vermeiden und einer darauffolgenden europäischen Irrelevanz zu entgehen, müssten wir den Mut und die Kraft aufbringen, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. Können und wollen wir das?

Die liberale Weltordnung ist aber auch unter Druck geraten, seit ein imperial overstreich in den

letzten zwei Jahrzehnten die Amerikaner das Interesse verlieren lassen hat, weiter den Weltpolizisten zu geben; sie sind auch nicht mehr bereit, mit ihren Ressourcen „die Kastanien für sicherheitspolitische Trittbrettfahrer in der NATO aus dem Feuer zu holen“ oder Missionen in Regionen zu finanzieren, die nicht mehr ihren strategischen Interessen dienen; und die Kriege in Afghanistan und im Irak haben sie erschöpft. Das hatten bereits die Administration von George W. Bush und Barack Obama ihre Verbündeten wissen lassen. Aber der Ton war ein anderer als die harschen Ansagen, die sich die europäischen oder asiatischen Partner vom jetzigen US-Präsidenten Donald Trump

anhören müssen. Dieses entstandene Vakuum haben beide, Chinesen wie Russen, zu nutzen gewusst, Peking mit seiner B&R-Doktrin, seiner Afrika- und Europa-Politik und Moskau vor allem mit seiner Syrien-Politik.

Und schließlich ist die liberale Weltordnung unter Druck geraten, weil die beiden Großmächte China und Russland sich seit Jahren über die US-dominierte Weltordnung beschwerten und eine fundamentale Reform fordern, die weniger imperial und dafür pluralistischer ist. Und sie fordern Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Visionen, wie ein global governance mechanism im 21. Jahrhundert aussehen könnte. Solange Moskau und Peking nicht die strategische Relevanz und Macht hatten auf der Weltbühne, gingen ihre Klagen unter. Das war gestern. Heute artikulieren sie selbstbewusst und ambitioniert, vor allem Peking, was sie nicht bereit sind zu akzeptieren: Regeln, die ihnen von den USA oder der EU vorgeschrieben werden. Während wenig überraschend der russische Präsident Wladimir Putin im Sommer 2019 in einem Interview mit der „Financial Times“ erklärte, „liberalism has become obsolete“, wurde der chinesische Präsident Xi Jinping während der Feierlichkeiten zum 70. Jubiläum der Chinesischen Kommunistischen Partei im Oktober letzten Jahres mit den Worten zitiert: China beansprucht eine führende Rolle in der Neuausrichtung der internationalen Ordnung. Und, fügte Xi hinzu, die strategische Kooperation mit Russland sei auf einem historischen Hoch, was auf die guten Beziehungen zwischen ihm und Wladimir Putin zurückzuführen sei. Haben wir etwa die Russen, weil wir Moskau als „Regional-Macht“ abqualifizierten, in die Arme der Chinesen getrieben – ohne Not, ohne einen strategischen Gedanken darauf zu verwenden, dass sich die Sündenregister beider Großmächte nichts nehmen? Und haben wir nur deshalb einen konzilianteren Umgang mit Peking gepflegt, und Putin wie einen „Dämon“ (Henry Kissinger) behandelt, weil die Chinesen lukrative Investitionen in unseren Märkten getätigt haben? In jedem Fall haben wir, Deutsche, Europäer und Amerikaner, zu

diesem neuen russisch-chinesischen rapprochement einen unnötigen Beitrag geleistet.

## VON WESTLICHER DOMINANZ ZU FRIEDLICHER KOEXISTENZ

Im November 2019 war Henry Kissinger in Peking anlässlich des 40. Jubiläums der Aufnahme der amerikanisch-chinesischen diplomatischen Beziehungen. Bei jeder seiner Visiten wird er von der chinesischen Führung wie der US-Präsident selbst behandelt. Seine Ausführungen zu den politischen, handelspolitischen und militärischen Differenzen zwischen den USA und China auf einem Bloomberg-Forum waren drastisch: er warnte, dass beide Seiten ihre Konflikte beilegen müssten, sonst würde es zu einer Katastrophe kommen, die weit schlimmer wäre als die beiden bisherigen Weltkriege des 20. Jahrhunderts zusammen! Die eine Seite könne die andere nicht dominieren, und beide Seiten sollten sich daran gewöhnen! Alle saßen gebannt im Saal: Es war ein starker Auftritt mit deutlichen Worten eines 96-jährigen amerikanischen Diplomaten, der nicht nur in China Geschichte geschrieben hat. Um Frieden und Stabilität zu sichern, fordert auch Graham Allison in seinem vielbeachteten Beitrag, Washington müsse sich zu der Erkenntnis durchringen: Sharing the Globe with other Great Powers.

Nach den Wahlen im November sollte der neugewählte amerikanische Präsident, seine beiden Kollegen Xi Jinping und Wladimir Putin zu einem trilateralen Dialog ins Weiße Haus einladen, um über eine neue Weltordnung und Sicherheitsarchitektur zu sprechen. Alle drei Großmächte tragen als Atomkräfte eine besondere Verantwortung in einer Post-Kalte-Kriegs-Ordnung, internationalen Frieden und Stabilität zu sichern. Ein solcher trilateraler Dialog wird dann möglich, wenn folgende Prinzipien von allen drei Seiten eingehalten werden: gegenseitiger Respekt, Parität und Gleichbehandlung. Washington, Peking und Moskau müssen sich einigen, dass sie unverzichtbare Mächte des 21. Jahrhunderts und

als globale Führungspersönlichkeiten bereit sein, unterschiedliche politische Ansichten zu akzeptieren und zu respektieren, um eine friedliche Koexistenz zu ermöglichen. Diese gemeinsame Verantwortung der drei Großmächte für Frieden und Stabilität könnte durch eine neue trilaterale Realpolitik Agenda eines neuen Typs von Beziehungen in einer neuen Weltordnung besiegelt werden.

Damit der trilaterale Dialog fruchtbar wird, sollte man auf ein diplomatisches Format zurückgreifen, das im Kalten Krieg sehr erfolgreich war: den KSZE-Mechanismus, heute OSZE. Wenn man gleichzeitig über aktuell neuralgische Themen wie Menschenrechte, die Militarisierung des Südchinesischen Meers, 5G Technologie, die Annexion der Krim, die Befreiung der Ostukraine, Assads Regime, den russischen Waffenkauf Erdogans, die Lage der Uiguren, das neue Sicherheitsgesetz in Hongkong, die Zukunft Taiwans, die NATO-Osterweiterung, Zölle auf Soja, Nord-Stream 2, nukleare Abrüstung der chinesischen Mittelstrecken-Raketen, das Pariser Klima-Abkommen, Irans Urananreicherungspläne usw. sprechen möchte und diese Themen sich gegenseitig auf die Agenda setzt, dann wird der trilaterale Dialog schnell beendet sein. Um das zu vermeiden, bietet sich der Einsatz der

unideologischen Körbe des ehemaligen KSZE-Dialogs an, um die Themen zu trennen: In Korb I sollten die Ziele der UN-Charta, insbesondere das Verbot territorialer Aggression, konventionelle und nukleare Abrüstung, Verbannung chemischer und biologischer Waffen, Kontrolle der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, künstliche Intelligenz, Cyber-Kriminalität, gemeinsame Bekämpfung von Pandemien, Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung totalitärer islamistischer Strukturen und Massenmigration behandelt werden. In Korb II kämen die Themen: grüne Technologien, Klimawandel (Pariser Abkommen), faire und freie Handelsabkommen, Kunst und Kulturaustausch. Und in Korb III würde man schließlich über Menschenrechte sprechen.

Eine neue Weltordnung der friedlichen Koexistenz würde keinesfalls bedeuten, dass die westliche Schicksalsgemeinschaft ihre liberalen Werte aufgibt oder wir in einer westlessness Welt leben. Unsere Werte sind universal. Aber eine Chance für eine friedliche Koexistenz werden wir nur erreichen, wenn wir sie nicht anderen aufzwingen. Die Universalität von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Pluralität der Meinungen hat seit 2000 Jahren Bestand. Das sollte die Souveränität des Westens ausmachen.

© Privat



*Margarita Mathiopoulos ist Zeithistorikerin, Unternehmerin und Professorin für US-Außenpolitik und Internationale Sicherheit. Sie lehrt seit 1988 in Deutschland, den USA und China; sie ist Visiting Professor am Department of Diplomacy der China Foreign Affairs University Peking und Prof. em. der Universität Potsdam. Seit 2001 leitet Mathiopoulos als Co-Gründerin und CEO die Energie- und Sicherheits-Gruppe ASPIDE Technology ([www.ASPIDEpartners.com](http://www.ASPIDEpartners.com)). Sie beriet den FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle (+), war Mitglied der FDP-Programm-Kommission, Vorsitzende des FDP-Bundesfachausschusses Außen-/Sicherheitspolitik und schrieb sieben Bücher, darunter der Bestseller „Das Ende der Bonner Republik“.*